„Das Risiko aufzufliegen ist gewachsen“

Das Interview Von Pflastersteinen über Tapeten bis zu Autozulieferern: Preisabsprachen in der Wirtschaft nehmen zu

Bundeskartellamt? Was für viele Bürger bisher praktisch ein Fremdwort war, gewinnt an Bedeutung. Präsident Andreas Mundt über aktuelle Fälle, Bußgelder und den Ärger mit Grün-Rot.

Von Frank Krause

Klare Botschaft von Kartellamt-Chef Mundt: Trotz Globalisierung ist Wettbewerb nötig Fotos: Hopp

Herr Mundt, wie vergnügungssteuerpflichtig ist der Job als Präsident des Bundeskartellamts derzeit?
Wieso fragen Sie?

Nun ja, Sie haben zahlreiche Baustellen. Das Wurst- und Bierkartell haben Sie gerade gebrochen, die Lebensmittelkonzerne Kaiser's Tengelmann und Edeka kämpfen gegen Ihren Widerstand noch immer um eine Fusion, und in Baden-Württemberg wollen Sie den zentralen Holzverkauf durch den Staat kippen.
Die von Ihnen genannten Verfahren zeigen, dass unsere Tätigkeit in der jüngeren Vergangenheit auch in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird, insbesondere die Preisabsprachen bei Konsumgütern. Kartelle gibt es aber tatsächlich in den unterschiedlichsten Branchen: von den Pflastersteinen über Tapeten und Süßwaren bis zur Zulieferindustrie für den Automobilbau. Aber wir sind eine sehr agile Behörde. Wir tragen die Verantwortung für den Schutz des Wettbewerbs in Deutschland. Das ist eine hohe Motivation sowohl für mich persönlich als auch vor allem für jeden der rund 350 Mitarbeiter. Wir sehen uns zuallererst als Anwalt des Verbrauchers, sicher auch als Anwalt des Mittelstandes, weil wir dafür eintreten, dass sich diese Unternehmen am Wettbewerb beteiligen können.

Im Fall der von Ihnen abgelehnten Fusion von Tengelmann und Edeka bewegen Sie sich aber auf schmalem Grat. Wenn es nicht zur Fusion kommt, stehen 8000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, sagen beide Lebensmittelkonzerne.
Funktionierender Wettbewerb ist der beste Garant für Arbeitsplätze. Unter wettbewerblichen Bedingungen müssen Unternehmen sich anstrengen und sich bewähren, dadurch werden sie besser, und das sichert im Ergebnis auch Arbeitsplätze. Bei der Prüfung der Übernahmepläne von Edeka ging es darum sicherzustellen, dass der Verbraucher, der seine Bananen, seine Milch oder sonst etwas für den täglichen Bedarf einkaufen will, auch künftig noch genügend Auswahlmöglichkeiten hat, er also dort einkaufen gehen kann, wo er die beste Qualität und die besten Preise bekommt. Derzeit kontrollieren in Deutschland die vier großen Ketten Aldi, Rewe, Edeka und die Schwarz-Gruppe, also Lidl und Kaufland, bereits 85 Prozent des Marktes. Wenn nun noch Tengelmann und Edeka zusammengehen, entsteht eine noch größere Marktmacht, der die Lieferanten, aber auch die Konsumenten vor Ort gegenüberstehen.

Sie legen sich derzeit auch mit dem Land Baden-Württemberg an, weil es die Holzvermarktung bündelt.
Wir wollen dafür sorgen, dass es künftig eine kartellrechtskonforme Regelung gibt. Über den Landesbetrieb Forst BW vertreibt Baden-Württemberg bislang nicht nur Holz aus dem eigenen Staatswald, sondern auch das Holz von Kommunal- und Privatwäldern und verhandelt für alle Waldbesitzer die Preise und bestimmt Kunden und Verkaufskonditionen. Als Wettbewerbsbehörde können wir nicht ausblenden, dass die Holzvermarktung und damit verbundene Dienstleistungen in Deutschland einen Milliardenmarkt bilden, der sich an wettbewerblichen Maßstäben messen lassen muss.

Die grün-rote Landesregierung sieht das anders und will zum Wohle der Gemeinden und Kreise die jetzige Regelung beibehalten.
Wir bewegen uns mit diesem Verfahren im Spannungsfeld zwischen der Bedeutung des Waldes als Natur- und Erholungsraum und seinen wirtschaftlichen Funktionen. Wichtig ist: Das Kartellrecht greift nicht in die hoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung ein. Wir wissen, dass der Wald gerade hier im Südwesten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, dass er im Tourismus eine große Rolle spielt. Aber es muss klar sein: Auch in diesem Bereich muss es wettbewerbsrechtlich korrekte Strukturen geben, damit das Land nicht alles in einer Hand bündeln kann.

Heißt das demnach, dass man sich irgendwann vor Gericht wiedersehen wird?
Das werden wir sehen. Wir haben dem Land unsere Sichtweise wiederholt mitgeteilt, das Land hat uns seine Stellungnahme dazu nun übersandt. Wir werden das auswerten und einen Beschluss treffen. Eines ist auch klar: Die Neustrukturierung wird nicht von heute auf morgen durch die Landesregierung und Forst BW nötig sein, da werden wir ausreichend lange Übergangsfristen einräumen.

Täuscht der Eindruck, oder trifft es zu, dass Ihr Haus immer mehr Fälle zu bearbeiten hat, dass also die kartellrechtlichen Verstöße oder Preisabsprachen zugenommen haben.
Es gibt keine Erkenntnisse darüber, ob es heute mehr Preisabsprachen als früher gibt. Ich glaube das nicht. Richtig ist aber, dass wir schlagkräftiger geworden sind. In den vergangenen Jahren haben wir die Kartellverfolgung forciert. Wir haben spezialisierte Abteilungen eingerichtet, die Mitarbeiter geschult, Fachkräfte zum Beispiel für die Datenverarbeitung und Zeugenvernehmungen eingestellt. Ein ganz wichtiger Baustein ist auch die Kronzeugenregelung. Viele Unternehmen machen von der Möglichkeit Gebrauch, uns gegenüber ein Kartell einzugestehen. Für diese Kooperation können sie dann auf den Erlass der Strafe hoffen.

> **„Das Thema Kartelle ist meines Erachtens endgültig in den Chefetagen angekommen“**

Und doch ist zu befürchten, dass es noch weit mehr Fälle gibt, in denen die Verbraucher zum Beispiel durch unzulässige Preisabsprachen getäuscht werden.
Das Thema Kartelle ist meines Erachtens endgültig in den Chefetagen angekommen. Ich bin mir sicher, dass viele Unternehmen es inzwischen nicht mehr wagen, sich an Kartellen zu beteiligen, weil das Risiko aufzufliegen größer geworden ist.

Sie verhängen immer wieder Bußgelder, allein 2014 war es bundesweit eine Summe von rund 1,1 Milliarden Euro. Viele Unternehmen entziehen sich aber der Strafe und bezahlen nicht, weil sie sich vorher umstrukturieren. Da droht das Kartellamt ein zahnloser Tiger zu werden.
Diese Regelungslücke ist in der Tat ein großes Ärgernis für uns. Bei geltender Gesetzeslage gibt es die Möglichkeit, dass sich Unternehmen so umstrukturieren, dass zum Beispiel das Tochterunternehmen, das an dem Verstoß beteiligt war, nicht mehr existiert. Da verschwindet sozusagen der Adressat des Bußgeldbescheides. Das ist sehr ungerecht, und es kann nicht sein, dass gerade große Unternehmen sich durch solche Schlupflöcher einer Bestrafung entziehen. Aus meiner Sicht ist hier der Gesetzgeber gefordert.

Wie könnte das aussehen?
In Europa haben wir eine Lösung, die von der Europäischen Kommission angewendet wird, wenn es um europaweite Verstöße gegen Wettbewerbsrecht geht. Hier haftet der Gesamtkonzern, egal ob die eine oder die andere Tochter den Verstoß begangen hat. Ich plädiere dafür, dass diese Regelungen in das deutsche Recht übernommen werden. Das Wirtschaftsministerium hat bereits Vorschläge für eine Reform erarbeitet und redet darüber mit dem Bundesjustizministerium.

Apropos internationale Bühne. In Zeiten von Internet und Online-Plattformen dürften Sie künftig an manchen Stellen machtlos sein, weil es strenge Regelungen wie in Deutschland in vielen Ländern gar nicht gibt.
Das sehe ich nicht so. Wir sind schon jetzt in diesem Bereich sehr engagiert und auch erfolgreich, denken Sie an Fälle wie bei Amazon Market Place, wo es darum ging, dass Händler verpflichtet waren, ihre Produkte nirgendwo günstiger anbieten zu dürfen als auf der Verkaufsplattform bei Amazon. Da haben wir nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa für Abhilfe gesorgt. Oder nehmen Sie die Fälle rund um die Online-Buchungsportale, wo wir eingeschritten sind. Also, kurzum: Ich bin da optimistisch, dass wir auch in der Internetwirtschaft für funktionierenden Wettbewerb sorgen werden, zumal es ein Netzwerk der Kartellbehörden gibt, in dem wir gut mit den anderen Ländern zusammenarbeiten.

Hintergrund

Der Anwalt des Verbrauchers

- **Der Chef** Wer politisch und wirtschaftlich interessiert ist, kennt so manchen Ministerpräsidenten, vielleicht auch Minister auf Bundes- wie auf Landesebene. Aber den Präsidenten des Bundeskartellamtes? Andreas Mundt ist für viele Bürger eher ein unbekanntes Gesicht. Das ändert sich zunehmend. Seine Behörde mit Sitz in Bonn gerät immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der Grund: Kartelle und wettbewerbswidrige Preisabsprachen zwischen Unternehmen haben zugenommen.
- **Die Neugier** Kein Wunder, dass das Interesse gerade von mittelständischen Firmen an der Person und der Arbeit Mundts groß ist, ist er doch quasi ihr Schutzschild im Wettbewerb mit Großkonzernen. So kamen denn am Donnerstagabend knapp 100 Unternehmer aus dem Nordschwarzwald zu den Fischer-Werken nach Tumlingen (Landkreis Freudenstadt), um Mundt live zu erleben.
- **Das Interview** Nach dem Vortrag nahm sich der 54-Jährige dann die Zeit für ein Exklusiv-Interview mit unserer Zeitung. Die Botschaft des dreifachen Familienvaters: „Wir sind der Anwalt des Verbrauchers.“ (fk)

Präsident Mundt (li.), Frank Krause

Sanktionen gegen Russland: 150 000 Jobs gefährdet

Chef des Ost-Ausschusses warnt: Es könnte noch schlimmer werden

BERLIN (dpa). Der durch die Russland-Sanktionen ausgelöste Einbruch der deutschen Exporte gefährdet nach Einschätzung der Wirtschaft mittlerweile bis zu 150 000 Jobs in Deutschland. Die Ausfuhren würden im laufenden Jahr erneut um mehr als 25 Prozent schrumpfen und sich damit im Vergleich zum Rekordjahr 2012 auf nur noch 20 Milliarden Euro halbieren, warnt der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft.

„Die aktuellen Zahlen übertreffen selbst unsere schlimmsten Befürchtungen“, sagte Ausschuss-Chef Eckhard Cordes am Freitag in Berlin. Er forderte eine Lockerung der vor einem Jahr verhängten EU-Strafmaßnahmen gegen Moskau: „Wir brauchen den Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen.“ Russland könnte 2015 in der Liste der wichtigsten deutschen Abnehmerländer hinter Länder wie Tschechien und Schweden auf Rang 15 zurückfallen. Die deutschen Unternehmen zahlten in der EU mit Abstand den höchsten Preis der Sanktionspolitik. Betroffen seien vor allem mittelständische Betriebe aus Ostdeutschland.

Cordes zweifelt zunehmend am Sinn der EU-Strategie, Russland wirtschaftlich treffen zu wollen, um mehr Zugeständnisse im Ukraine-Konflikt von Moskau zu bekommen. Andere Länder seien die lachenden Dritten: „Die Wirtschaftsbeziehungen Russlands mit Deutschland und der EU schrumpfen, während sich Russland Partnern wie China, Indien oder Südkorea zuwendet“, sagte Cordes.

Beim Ost-Ausschuss selbst steht bald ein Führungswechsel an. Ex-Metro-Chef Eckhard Cordes gibt nach fünf Jahren im Herbst sein Amt an der Spitze auf. Nachfolger soll der Chef des Industriegasekonzerns Linde, Wolfgang Büchele, werden.

Pro Sieben Sat 1 will Online-Portal Verivox kaufen

MÜNCHEN (dpa). Pro Sieben Sat 1 will das Online-Verbraucherportal Verivox kaufen und damit sein Internetgeschäft weiter ausbauen. Dort werden beispielsweise Strom- und Gasanbieter verglichen. 170 Millionen Euro will der Konzern für 80 Prozent der Anteile sofort auf den Tisch legen, wie die Sendergruppe am Freitag mitteilte. Hinzu komme noch ein Betrag, der vom operativen Ergebnis des Internetportals abhänge – in Höhe von maximal 40 Millionen Euro. Das Bundeskartellamt muss der Übernahme noch zustimmen. Für Pro Sieben Sat 1 wäre es der bislang größte Zukauf eines Online-Unternehmens.

Der Kaufpreis liegt damit etwa beim Zehnfachen des jährlichen Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) von Verivox. Zum Vergleich: Die Deutsche Telekom rühmte sich zuletzt damit, den Großteil der Scout24-Gruppe für das Zwanzigfache des Ebitda an einen Finanzinvestor verkauft zu haben. Im Vergleich dazu hätte Pro Sieben Sat 1 also günstig eingekauft. Allerdings beziehen Unternehmen bei solchen Rechnungen nicht immer die Schulden der gekauften Firma mit ein. Pro Sieben Sat 1 erwirbt seit Jahren Online-Plattformen. Auch andere Vergleichsportale wie billiger-mietwagen.de gehören den Münchnern. Die Sendergruppe macht sich damit unabhängiger von Werbeerlösen, die wiederum stark an die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland geknüpft sind.

Telefontarife

Samstag - Sonntag und bundeseinheitliche Feiertage

Fernzone Inland (Call-by-Call)

Zeit	Anbieter / Vorwahl	Cent pro Minute
7-19 Uhr	01088 / 0 10 88	0,77
	Vodafone / 0 10 20	0,79
19-7 Uhr	Arcor / 0 10 70	0,52
	Tele2 / 0 10 13	0,55

Ortsnetz (Call-by-Call)

Zeit	Anbieter / Vorwahl	Cent pro Minute
7-19 Uhr	Tellmio / 0 10 38	1,33
	01088 / 0 10 88	1,42
19-7 Uhr	Arcor / 0 10 70	0,52
	Tele2 / 0 10 13	0,55

Montag–Sonntag

Festnetz zum dt. Mobilfunk

Zeit	Anbieter / Vorwahl	Cent pro Minute
0-24 Uhr	Priotel / 0 10 68	2,33
	01069/ 0 10 69	3,95

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifansage. Ohne Gewähr, da kurzfristige Preisänderungen möglich.
Alle Anbieter = Minutentakt.
Weitere Infos: **www.stuttgarter-nachrichten.de/telefon**
Quelle: **biallo.de** Stand: 26. 6. 2015

Online-Handel stöhnt über Poststreik

Branche berichtet von Umsatzeinbußen – Weiterhin keine Entspannung in der Tarifauseinandersetzung in Sicht

BONN (dpa). In der Tarifauseinandersetzung bei der Post hält Verdi den Druck auch in der dritten Streikwoche weiter aufrecht. Am Freitag weitete die Gewerkschaft den Streik noch einmal aus. Bundesweit seien jetzt rund 32 500 Beschäftigte im Ausstand, sagte ein Verdi-Sprecher in Berlin. Der Bundesverband Online-Handel beklagte unterdessen zunehmende Probleme der Branche mit dem Dauerstreik.

Dem Streik angeschlossen hätten sich etwa 500 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Raum Köln und im Ruhrgebiet, berichtete ein Verdi-Sprecher in Düsseldorf. Ein Postsprecher bezifferte die Zahl der aktuell Streikenden indes auf 29 560 nach 29 400 am Vortag.

Verdi kündigte auch für diesen Samstag eine Fortführung der Streiks auf unvermindertem Niveau an. Die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Kocsis verwies unterdessen auf „Erwartungen“ an den Post-Vorstand, den Konflikt mit der Gewerkschaft und nicht gegen sie zu lösen. „Die Politik steht an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft“, zeigte sich Kocsis überzeugt.

Bereits zwei von drei Händlern hätten bei einer Umfrage des Verbands über Umsatzverluste berichtet, teilte der Bundesverband Online-Handel mit. Insbesondere Mittelständler würden stark belastet. Die Unternehmen müssten einen enormen Mehraufwand etwa durch den Versand zu höheren Gebühren oder verstärkte Kundenkommunikation verkraften. Die Post müsse mit Kundenverlusten rechnen.

Der Postsprecher bestätigte unterdessen einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“, wonach slowakische Arbeitskräfte des Unternehmens im Münsterland in Wohncontainern untergebracht sind. Die Unterkünfte in den Containern und auch in regulären Wohnungen würden den Mitarbeitern bereits seit April auf eigenen Wunsch kostenlos zur Verfügung gestellt, sagte er. Bei der Bezahlung seien die ausländischen Kräfte zudem ihren deutschen Kollegen gleichgestellt. Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) wies die Gewerbeaufsichtsämter an, unverzüglich gegen jeden Verstoß gegen das Sonntagsarbeitsverbot vorzugehen. Bei Zuwiderhandlungen droht der Post ein Bußgeld. „Ein rechtmäßiger Streik darf nicht durch rechtswidrige Maßnahmen unterlaufen werden“, sagte Rundt. Paketzustellungen an Sonntagen sind nur nach besonderen Anträgen zulässig. Dazu muss die Post nachweisen, dass eine Lieferung an Werktagen nicht möglich ist.